

Antrag

der AfD-Fraktion

Maskenpflicht im ÖPNV abschaffen!

Der Landtag möge beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, die Verordnung über befristete Basismaßnahmen zum Infektionsschutz aufgrund des SARS-CoV-2-Virus und Covid-19 im Land Brandenburg (SARS-CoV-2-Infektionsschutz-Basismaßnahmenverordnung - SARS-CoV-2-IfSBMV), die am 31. März 2022 in Kraft getreten ist, zuletzt geändert durch Verordnung vom 24. Mai 2022, dahingehend anzupassen, dass § 2 Absatz 2, die Maskenpflicht im ÖPNV, unverzüglich ersatzlos abgeschafft wird.

Begründung:

Von der Maskenpflicht im ÖPNV sind Hunderttausende Brandenburger betroffen. Laut Statista beförderte der Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg im Jahr 2020 2,9 Millionen Fahrgäste pro Tag,¹ und dabei lag das Fahrgastaufkommen damals aufgrund der Corona-Eindämmungsmaßnahmen weit unter dem vorheriger Jahre. Weil sie in den meisten anderen gesellschaftlichen Bereichen mittlerweile zu Recht abgeschafft ist, ist die fortbestehende Maskenpflicht im ÖPNV noch offensichtlicher unbegründet.

Zur Kontrolle an spezifischen Tagen sollen Verkehrsunternehmen mit Landes- und Bundespolizei zusammenarbeiten.² Hier stellt sich vielen Bürgern die Frage, ob die knappen Ressourcen unserer Polizeibediensteten nicht sinnvoller eingesetzt werden könnten. Die Verkehrsunternehmen werden außerdem zum „verlängerten Arm“ des Ordnungsstaates, ohne über für solche Aufgaben ausreichend geschultes Personal zu verfügen. Das schafft Frust und Ärger bei Personal wie bei Fahrgästen. Konflikte und Streit aufgrund der Maskenpflicht im ÖPNV sind bundesweit belegt;³ das RND⁴ berichtete bereits im vergangenen Jahr über das gestiegene Gefahrenpotenzial für ÖPNV-Mitarbeiter, wie z. B. von Busfahrern, die angefeindet und angespuckt wurden.

¹ Vgl. „Anzahl täglich beförderter Fahrgäste im öffentlichen Personennahverkehr im Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg (VBB) von 2010 bis 2020“, in: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1090626/umfrage/verkehrsverbund-berlin-brandenburg-befoerderte-personen-im-oepnv-pro-tag/> (2021), abgerufen am 08.06.2022.

² Vgl. „3G-Regel und FFP2-Maskenpflicht im ÖPNV: Verstärkte Kontrollen durch Verkehrsunternehmen in Berlin und Brandenburg mit Unterstützung der Polizei“, in: <https://www.lifep.r.de/inaktiv/verkehrsverbund-berlin-brandenburg-gmbh/3G-Regel-und-FFP2-Maskenpflicht-im-OepNV-Verstaerkte-Kontrollen-durch-Verkehrsunternehmen-in-Berlin-und-Brandenburg-mit-Unterstuetzung-der-Polizei/boxid/882850> (19.01.2022), abgerufen am 08.06.2022.

³ Vgl. „Maskenverweigerer sorgen für Streit in Wiesbadens Bussen“, in: https://www.wiesbadener-kurier.de/lokales/wiesbaden/nachrichten-wiesbaden/maskenverweigerer-sorgen-fur-streit-in-wiesbadens-bussen_25471562 (12.04.2022), abgerufen am 08.06.2022.

⁴ Vgl. „Angriffe auf Busfahrer: ‚Verbale und physische Gewalt sind Dauerthemen‘“, in: <https://www.rnd.de/panorama/an-griffe-auf-busfahrer-verbale-und-physische-gewalt-sind-dauerthemen-2TXT2OSWTBALVM3S67USHCRHFQ.html> (07.07.2021), abgerufen am 08.06.2022.

Eingegangen: 14.06.2022 / Ausgegeben: 14.06.2022

Die sozialen Kosten der Maskenpflicht im ÖPNV sind also vergleichsweise hoch.

Die Omikron-Variante des Coronavirus führt regelmäßig zu deutlich milderem Verläufen von Covid-19 als bisherige Varianten.⁵ Mittlerweile herrscht in der märkischen Bevölkerung ein guter Immunstatus gegen SARS-CoV-2 vor: Die Impfquote lag in der Altersgruppe über 60 Jahre laut dem Lagebild der Landesregierung „COVID-19“ vor der letzten Verordnungsverkündung bei 84,1 Prozent für Grundimmunisierte sowie bei 72,8 Prozent für Geboosterte. Die Gesamtzahl an Genesenen betrug zu diesem Zeitpunkt 744 300 Personen, was rund 30 Prozent der Landesbevölkerung entspricht. Die Landesregierung weigert sich bisher die Immunisierungsrate der Bevölkerung durch repräsentative Querschnittsstudien zu ermitteln, doch auch Berichte aus anderen westlichen Industriestaaten deuten insgesamt auf eine sehr hohe Immunisierungsrate hin; wie z.B. im Vereinigten Königreich, wo sie schon bei über 99 Prozent liegt.⁶ Auch die Belegungssituation in den Krankenhäusern war bei Verordnungsverkündung mit 14 Coronapatienten auf den märkischen Intensivstationen, bei (mit Notfallreserve) 1032 zur Verfügung stehenden ITS-Betten (\approx 1% Corona-Belegungsquote), mehr als entspannt.⁷

Hinzu kommt, dass der ÖPNV nachweislich kein Corona-Hotspot ist.⁸ Insofern verwundert es nicht, wenn sich die Bürger verstärkt der Befolgung der Maskenpflicht im ÖPNV verweigern⁹ und sich mittlerweile selbst Mitglieder der Bundesregierung und der sie tragenden Parteien, wie Volker Wissing und Wolfgang Kubicki, sowie ausgewiesene Experten, wie z. B. der Chef der Kassenärztlichen Bundesvereinigung (KBV), Andreas Gassen, bereits für ein Ende dieser staatsvormundschaftlichen Maßnahme ausgesprochen haben.¹⁰

Die Landesregierung sollte deshalb endlich aktiv werden und die Maskenpflicht im ÖPNV unverzüglich beenden.

⁵ Vgl. „Killervarianten‘: Gesundheitsexperten widersprechen Lauterbachs Warnung“, in: <https://jungefreiheit.de/politik/deutschland/2022/lauterbach-variante/> (19.04.2022), abgerufen am 23.05.2022.

⁶ Vgl. „Coronavirus (COVID-19) latest insights: Antibodies“, in: <https://www.ons.gov.uk/peoplepopulationandcommunity/healthandsocialcare/conditionsanddiseases/articles/coronaviruscovid19latestinsights/antibodies> (01.06.2022), abgerufen am 08.06.2022.

⁷ Vgl. „COVID-19: 1.025 neue Fälle in Brandenburg“, in: <https://msgiv.brandenburg.de/msgiv/de/presse/pressemitteilung/detail/~19-05-2022-corona-faelle-stand-19052022> (19.05.2022), abgerufen am 06.08.2022.

⁸ Vgl. „Der ÖPNV ist kein Corona-Hotspot“, in: <https://www.faz.net/aktuell/rhein-main/region-und-hessen/bus-und-bahn-in-der-pandemie-oepnv-ist-kein-corona-hotspot-17660156.html> (30.11.2021), abgerufen am 08.06.2022

⁹ Vgl. „Zahl der Maskenmuffel in Bussen und U-Bahnen steigt“, in: <https://www.faz.net/aktuell/rhein-main/frankfurt/maskenpflicht-im-oepnv-zahl-der-maskenmuffel-steigt-17991364.html> (28.04.2022), abgerufen 08.06.2022.

¹⁰ Vgl. „Maskenpflicht-Aus im ÖPNV gefordert – Bundesregierung bleibt hart“, in: <https://www.donaukurier.de/nachrichten/politik/maskenpflicht-aus-im-oepnv-gefordert-bundesregierung-bleibt-hart-6135301> (13.05.2022), abgerufen am 08.06.2022.